

Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi
in Bonn, 11.10.1990

1. Schweizer Positionen mit Blick auf den KSZE-Gipfel von Paris
(19. - 21. 11. 1990)

Bei der Erarbeitung des Gipfeldokuments oder der Gipfeldokumente unterstützte die schweizerische Delegation die im politisch-programmatischen Teil aufgeführten Bekenntnisse. Besonderes Gewicht legt sie auf die Begrüssung der positiven Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten, auf die Bekräftigung der zehn in der Schlussakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien sowie der im Bonner und im Kopenhagener Dokument angenommenen Grundsätze.

Mit Vorsicht begegnet die Schweiz Konzepten der kollektiven Sicherheit im militärischen Bereich. Sie dürften mit unserer Neutralität nicht vereinbar sein. Es ist allerdings kaum anzunehmen, dass es im PrepCom zu vertieften Debatten über die kollektive Sicherheit kommen wird. Zu sehr ist das Konsensprinzip, welches die Beschlussfassung von problematischen militärischen Zwangsmassnahmen verhindert, im Bewusstsein der KSZE-Staaten verankert. Hingegen dürfte, was wünschenswert ist, die Notwendigkeit einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation anerkannt werden. Bereits jetzt bestehen solche Elemente, namentlich im Bereich der vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen.

Bei den Zielsetzungen für die Zukunft tritt die Delegation für eine ausgewogene Weiterentwicklung aller drei Körbe des KSZE-Prozesses ein. Im Bereich der Sicherheit begrüsst sie es, wenn die bisherigen Teilnehmer an den CFE-Verhandlungen (Conventional Forces in Europe) sogleich nach dem Gipfeltreffen ihre Verhandlungen fortsetzen. Gleichzeitig müssen indessen auch die Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen (VSBM) zu einem bedeutungsvollen Abschluss geführt werden. Schliesslich soll der KSZE-Gipfel aber auch weiterreichende Leitvorstellungen für die Zukunft der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen entwickeln, die in neue Verhandlungen münden werden, welche die bisherigen CFE- und VSBM-Verhandlungen ersetzen, unmittelbar nach dem Helsinki-Folgetreffen begännen und woran alle KSZE-Staaten teilnähmen.

Bei den strukturellen Fragen spricht sich die Delegation für eine leichte Institutionalisierung des KSZE-Prozesses aus. Wichtig ist für die Delegation, dass die Flexibilität des Prozesses erhalten bleibt, die Institutionalisierung dezentral erfolgt und keine Doppelspurigkeiten mit bestehenden Organisationen auftreten.

Zustimmung der Schweizer Delegation findet der Vorschlag, regelmässige Treffen auf Regierungschefs-, Minister- und Beamtenebene einzuberufen und häufiger KSZE-Folgetreffen abzuhalten. Der Idee, ein Zentrum für Konfliktverhütung einzurichten, widersetzt sich die Schweizer Delegation nicht. Bei diesem ist indessen darauf zu achten, dass die militärischen und politischen Aspekte konzeptionell klar getrennt sind.

Im militärischen Bereich dürften die Voraussetzungen für ein solches Zentrum mit dem Austausch von Informationen, Notifikationen, mit der Durchführung von Seminarien über militärische Doktrinen etc. beschäftigen.

Im politischen Bereich ist die Lage anders. Auch dort besteht zwar ein Bedarf nach zusätzlichen Mitteln der Konfliktverhinderung und -lösung. Aber die Vorstellungen darüber, welche Mittel gebraucht werden und welche Anwendung sie finden sollen, sind noch zuwenig ausgereift. Es ist hier in zwei Etappen vorzugehen. Zuerst müssen mit aller Dringlichkeit die Methoden der friedlichen Beilegung von Streitfällen angepackt werden. Ein Mechanismus auf diesem Gebiet ist eine unerlässliche Ergänzung zum Prinzip des Gewaltverzichts. Erst wenn die verschiedenen Möglichkeiten der friedlichen Streiterledigung genau untersucht und einer Beschlussfassung zugeführt worden sind, kann die zweite Etappe einsetzen. Dann kann ernsthaft geprüft werden, ob die Methode der friedlichen Beilegung von Streitfällen im Rahmen eines Zentrums zur Konfliktverhütung und -lösung anzusiedeln.

Bei der Frage der Errichtung eines KSZE-Sekretariates tritt die Mehrheit der Staaten wie auch die Schweizer Delegation für ein kleines Sekretariat mit reinen Verwaltungsaufgaben ein. Dabei ist allerdings noch offen, wie das Personal ausgewählt und ob ein solches Sekretariat rotierend oder in einer Hauptstadt fest errichtet würde. Ausserdem setzt sich die Delegation für den parlamentarischen Unterbau des KSZE-Prozesses ein, wobei die Infrastruktur der parlamentarischen Versammlung des Europarates benützt werden soll.

2. Initiativen der Schweiz

Expertentreffen über nationale Minderheiten

Die Minderheitenfrage wird in nächster Zeit zu einem der wichtigsten Probleme der europäischen Stabilität.

Die Schweiz verfügt in historischer, politischer und kultureller Hinsicht über eine grosse Erfahrung, wie das Zusammenleben verschiedener Gruppen gestaltet werden kann. Deshalb hat sie im Hinblick auf die Konferenz über die Menschliche Dimension in Kopenhagen die Einberufung eines Expertentreffens über nationale Minderheiten angeregt.

An der Kopenhagener Konferenz über die Menschliche Dimension brachte sie, unterstützt von Schweden, Finnland, Grossbritannien, der Sowjetunion, Ungarn, dem Fürstentum Liechtenstein, Jugoslawien, Malta und Dänemark den Vorschlag in aller Form ein, wonach ein Expertentreffen über nationale Minderheiten in der ersten Hälfte 1991 in der Schweiz abzuhalten sei. Die Schweizer Delegation hat den Vorschlag im PrepCom in Wien wieder aufgenommen. Er findet auch hier bei zahlreichen Delegationen grosse Unterstützung. Es gibt jedoch auch Einwände dagegen: vor allem die USA lehnen bis anhin zusätzliche Treffen, die nicht im Wiener Schlussdokument erwähnt sind, aus zeitlichen, finanziellen und Präjudizgründen ab. Die Schweiz wird insbesondere im direkten Kontakt mit Washington weiter versuchen, die amerikanische Regierung zu einem Sinneswandel zu bewegen. Ferner ist nicht auszuschliessen, dass andere Staaten, die dem Schutz nationaler Minderheiten aus grundsätzlichen Ueberlegungen kritisch gegenüberstehen, Einwände gegen ein solches Treffen vorbringen könnten.

Die Schweiz hält aber an ihrem Vorhaben fest, denn angesichts der Virulenz der Minderheitenprobleme in Europa wäre es nicht klug, die Erörterung dieser Fragen bis zum KSZE-Folgetreffen, das 1992 in Helsinki stattfindet, zu vertagen. Nach ihrer Auffassung könnten am Minderheitentreffen die folgenden drei Bereiche behandelt werden:

- a) verfassungsmässige Lösungsvorschläge (z. B. Föderalismus)
- b) Erweiterung und Verbesserung der Standards zum Schutze der Minderheiten
- c) Vollzug dieser Standards (beispielsweise mittels der Methode der friedlichen Beilegung von Streitfällen).

Die Dringlichkeit gebietet es, dass das Treffen in der ersten Hälfte 1991 stattfindet, am besten im Mai oder Juni. Die Schweiz setzt sich nun dafür ein, dass am KSZE-Gipfeltreffen in Paris ein entsprechendes Mandat erteilt wird.

Erweiterung des Mechanismus in der menschlichen Dimension

Der im Abschliessenden Dokument von Wien (1989) geschaffene Mechanismus in der menschlichen Dimension (MDH) hat sich als nützliches Instrument auf dem Weg zu Erreichung von gewissen menschenrechtlichen Mindeststandards in Europa erwiesen.

Vor der Kopenhagener Konferenz über die Menschliche Dimension hat die Schweiz zusammen mit den anderen neutralen Staaten einen Vorschlag betreffend die Verbesserung des Wiener Mechanismus erarbeitet. Es gelang der Schweiz, die Zustimmung aller nichtgebundenen Staaten zu erlangen, so dass er an der Konferenz in Kopenhagen als N+N-Vorschlag eingereicht werden konnte. Dieser Vorschlag passt gut in die neue politische Landschaft. Wenn Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt werden und wenn die Informationen, die ein Staat liefert, nicht befriedigen, dann kann ein Teilnehmerstaat zur Ueberprüfung der Situation einen Beobachter in einen andern Teilnehmerstaat entsenden.

Das ist auch ein KSZE-konformer Vorschlag: Er ist nicht schwerfällig, er braucht keinen Apparat, er dient den Menschen und er schafft Vertrauen. Er passt zudem in das neue Europa, auf das die KSZE hinarbeitet. Er könnte allenfalls auch, bei einem schrittweisen Vorgehen, zu einem nützlichen Element bei der politischen Konfliktverhinderung und -lösung werden. Der Vorschlag wurde im Kopenhagener Dokument zwar erwähnt, hat aber materiell den Konsens der KSZE-Staaten noch nicht gefunden. Die Schweiz wird sich in den Verhandlungen des PrepCom dafür einsetzen, dass das Gipfeltreffen die dritte Konferenz über die Menschliche Dimension, die im September 1991 in Moskau stattfindet, beauftragt, Bestimmungen im Sinne des N+N-Vorschlages auszuarbeiten.

Friedliche Beilegung von Streitfällen

Seit Anfang des KSZE-Prozesses legt die schweizerische Diplomatie grosses Gewicht auf die friedliche Beilegung von Streitfällen. Sie setzt sich seit 1973 für eine wirksame Streitschlichtungsmethode ein. Zwar fand der Grundsatz der friedlichen Beilegung von Streitfällen Eingang in die Schlussakte von Helsinki (1975), jedoch stiessen die schweizerischen Bemühungen lange Zeit auf den Widerstand anderer Staaten.

Das Umfeld hat sich inzwischen nicht zuletzt wegen der veränderten Haltung der Sowjetunion günstig entwickelt. Die Schweiz schlägt entsprechend den letztmals im Schlussdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens von 1989 bestätigten Verpflichtungen und im Hinblick auf das KSZE-Expertentreffen von La Valletta/Malta (Jan./Feb. 1991) den KSZE-Teilnehmerstaaten eine Methode der Streitschlichtung vor, die folgendes vorsieht: Beim Scheitern der Verhandlungen könnte sich jede Konfliktpartei an eine dritte Partei wenden, die nicht in den Streit verwickelt ist. Jede Partei könnte somit, je nach Art des Streitfalles, ein Vergleichs-, ein Vermittlungs- oder auch ein Schiedsverfahren in Gang setzen.

Am 24. April 1990 schrieb der Departementschef an alle Aussenminister der KSZE-Staaten und teilte ihnen mit, dass die Schweiz eine Methode ausgearbeitet habe, welche sie den Teilnehmerstaaten zur Kenntnis bringen möchte.

DG 27. Sep. 90 - 10

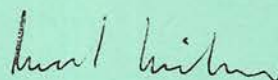
p.B.72.9.15.1 - WI/GRS

26. September 1990

Notiz an die Politische Abteilung I

Beiliegend finden Sie eine Notiz des KSZE-Dienstes im Hinblick auf den Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi in Bonn (11.10. 1990). Ihrem Wunsch gemäss haben wir uns darauf beschränkt, im Papier lediglich die schweizerischen Ideen im Hinblick auf den Pariser-Gipfel zu erläutern.

KSZE-Dienst



Paul Widmer

Kopie: - KSZE-Dienst
- WI

DG 27. Sep. 90 - 10